



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

38. Sitzung (öffentlich)

3. Juli 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung:	4
1	Die neue Strategie für das Tourismusland Nordrhein-Westfalen (s. Anlage 1)	5
	Vorlage 17/2215	
2	Neues Industriepolitische Leitbild der Landesregierung	21
	Mündlicher Bericht der Landesregierung	
3	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen	23
	Vorlagen 17/1831 17/1832 Ausschussprotokoll 17/635	

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6464 (Neudruck)

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6722

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/6464 Neudruck mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/6722 mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtags mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, der Grünen und der AfD, dem mit den Vorlagen 17/1831 und 17/1832 vorgelegten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen zuzustimmen.

4 Mehr Geld in der Tasche von Beschäftigten, Familien, Rentnerinnen und Rentnern – Gerechte Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6590

Der Ausschuss beschließt auf Anregung der SPD einstimmig, eine Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6590 durchzuführen.

5 Klimakrise: Die Landesregierung muss ihre Ziele nachschärfen, Maßnahmen ergreifen und Klimavorbehalt einführen 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6580

Der Ausschuss beschließt auf Anregung der Grünen einstimmig, eine Anhörung zum Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 17/6580 durchzuführen.

6 IT-Sicherheit in NRW stärken – Freiheit sichern 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5056

Ausschussprotokoll 17/641

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Grünen Drucksache 17/5056 mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD und der AfD ab.

**7 Entwurf einer Neunten Verordnung zur Änderung der Gewerberechts-
verordnung 28**

Vorlage 17/2242

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung wurde zum Entwurf einer Neunten Verordnung zur Änderung der Gewerberechtsverordnung gehört.

8 Verschiedenes 29

Terminplan 2020 (s. Anlage 2) 29

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung stimmt dem vorliegenden Sitzungsplan für das Jahr 2020 einstimmig zu.

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen

Vorlagen 17/1831/1832

Ausschussprotokoll 17/635

Antrag der Fraktion der AfD

Drucksache 17/6464 (Neudruck)

Antrag der Fraktion der AfD

Drucksache 17/6722

Vorsitzender Georg Fortmeier informiert, mit Schreiben vom 26. Februar 2019 habe der Ministerpräsident mitgeteilt, dass die Landesregierung den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen beschlossen habe. Der Landesentwicklungsplan werde gemäß § 17 Absatz 2 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen mit Zustimmung des Landtags als Rechtsverordnung beschlossen. Mit der Drucksache 17/5403 vom 14. März 2019 habe der Präsident des Landtags den Landtag unterrichtet, dass der Verordnungsentwurf gemäß § 85 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz überwiesen werde. Für die Vorlage einer Beschlussempfehlung und eines Berichtes durch den Wirtschaftsausschuss werde eine Frist bis zum 3. Juli 2019 bestimmt.

Am 21. März habe der Ausschuss beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen zu dem Verordnungsentwurf durchzuführen. Diese habe am 15. Mai stattgefunden und sei im Ausschussprotokoll 17/635 dokumentiert. In der letzten Sitzung habe der Ausschuss die Anhörung intensiv ausgewertet.

Beide mitberatenden Ausschüsse hätten den Verordnungsentwurf angenommen. Der Kommunalausschuss habe dies mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD getan. Der ebenfalls mitberatene Umweltausschuss habe mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP die Zustimmung zum Landesentwicklungsplan beschlossen. Dagegen gestimmt hätten die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die AfD-Fraktion habe sich bei der Abstimmung enthalten.

Christian Loose (AfD) legt dar, die AfD fordere mit dem Antrag Drucksache 17/6722 eine Änderung zu Windenergieanlagen, die auf mehr Eindeutigkeit und Klarheit abziele, zu welchen Gebietstypen in der Regionalplanung bzw. Bauleitplanung die geforderten Vorsorgeabstände einzuhalten seien. Im Entwurf sei von Abständen zu Allgemeinen Siedlungsflächen und zu Wohnbauflächen die Rede. Dies halte die AfD für zu allgemein. Die Bauleitplanung benötige konkrete Vorgaben, die der vorgeschlagenen Formulierung entnommen werden könnten.

Auch die Formulierung „Möglichkeit“ eines Vorsorgeabstandes sei zu schwach formuliert und solle durch den Begriff „Erfordernis“ ersetzt werden. Der Ausdruck „Möglichkeit“ eröffne eine Begründung für Windräder in einem Abstandsbereich auch von deutlich weniger als 1.500 m Vorsorgeabstand. Dies könne nicht die Absicht dieser Regelung sein und erfordere eine sprachliche Präzisierung.

Ausnahmen für das Repowering sollten gestrichen werden. Ein Windrad könne Vögel und Insekten töten und Menschen krank machen – Stichwort Infraschall. Dabei sei es gleichgültig, ob es sich um ein repowertes Windrad handle oder an der Stelle bereits ein kleineres Windrad gestanden habe.

Der Schutz der Menschen und der Natur müsse auch dann gelten, wenn es sich um ein repowertes Windrad handle. Daher bedürfe es einer Korrektur im LEP.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/6464 Neudruck mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/6722 mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtags mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, der Grünen und der AfD, dem mit den Vorlagen 17/1831 und 17/1832 vorgelegten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen zuzustimmen.